

Keine neuen Jobs – Stillstand im Jahr 2001 – **Schlusslicht** in Europa.

wahlfakten.de

Fakten
Mail-Service
Archiv
was ist wahlfakten.de?

„Rapid Response“ aus der
Bundesgeschäftsstelle auf
die Anzeigenkampagne
der SPD

Die SPD behauptet: „Stoiber will den armen Staat. Stoiber will die Staatsquote unter 40 % senken.“

FAKT:

Die Regierung Schröder hat Deutschland ärmer gemacht

Schlusslicht beim Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, Arbeitslosigkeit erstmals seit dem zweiten Weltkrieg unter dem Durchschnitt in der Europäischen Union (EU), höchste Neuverschuldung in Europa (Frühjahrsprognose der EU-Kommission, S. 111, 119, 120, 123).

► http://www.europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy72002/ee202en.pdf

Die Union will Senkung der Staatsquote nicht auf einen Schlag, sondern Schritt für Schritt:

„Wir wollen die brachliegenden Kräfte für mehr Wachstum in Deutschland nutzen. Die lähmenden Wirkungen übermäßiger Bürokratie, Steuer- und Abgabenlast müssen beseitigt werden. ... Wir werden deshalb die Staatsquote, den Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand an der gesamtwirtschaftlichen Leistung, von derzeit knapp 50% schrittweise und dauerhaft auf unter 40% senken. Damit bewahren wir den Staat, die öffentlichen Haushalte und die sozialen Sicherungssysteme besser vor Überforderung und Überschuldung.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 6 f.)

„Unser Haushaltsziel ist die Rückführung der Neuverschuldung. Dazu ist dreierlei erforderlich: Eine konsequente Politik für Wachstum und Beschäftigung, die Rück-

führung der Staatsquote und eine disziplinierte Sparsamkeit bei Behörden und Institutionen. Der selbstgestellte Anspruch lautet: Deutschland soll in Europa wieder Vorreiter einer stabilitätsorientierten Haushaltspolitik sein. Die Regierungspolitik in Deutschland darf keinen Anlass mehr für 'blaue Briefe' bieten.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 21)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Auch Schröder für Senkung der Staatsquote: „Eingehen auf Realitäten“

Auch Gerhard Schröder, Wirtschaftsminister Werner Müller und sein ehemaliger Parlamentarische Wirtschaftsstaatssekretär Siegmund Mosdorf (SPD) sind für die Reduzierung der Staatsquote unter 40 %:

Gerhard Schröder in einem Interview mit dem Wiener Standard vom 23.7.1999 (auf die Frage „Ihr Wirtschaftsminister Werner Müller legt jetzt ein Programm vor: Reduktion der Staatsquote von 50 auf 40 Prozent.“): „Worauf es ankommt, ist den Wohlfahrtsstaat so umzubauen, dass er unter veränderten ökonomischen Bedingungen funktioniert. Was Sie genannt haben, ist nicht Abbau, sondern Umbau. Was die Staatsquote angeht: die 40 Prozent sind enorm ehrgeizig, das ist ein mittelfristiges Ziel, das kann man nicht von heute auf morgen erreichen.“ (Frage: „Dennoch ist das gerade für einen deutschen Sozialdemokraten ein Paradigmenwechsel.“) „Ich würde das schlichter formulieren. Das ist das Eingehen auf Realitäten.“

„In seinem vorab bekanntgewordenen „Wirtschaftsbericht 1999“, den Müller am heutigen Dienstag vorlegen will, fordert der Wirtschaftsminister eine Neubesinnung in der Wirtschaftspolitik... Die Wirtschaftsppo-

litik müsse mehr Eigenverantwortung und Eigeninitiative fördern. Bestandteile dieser Politik seien die Rückführung der Staatsquote auf 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.“ (Berliner Zeitung, 20.07.1999)

► http://www.berlinonline.de/wissen/berliner_zeitung/archiv/1999/0720/wirtschaft/0007/

„Wir werden die Staatsquote bis zum Jahr 2005 von heute über 48 Prozent auf 40 Prozent zurückfahren.“ (Siegmar Mosdorf, SPD, Tagesspiegel, 14.06.1999)

► <http://www.tagesspiegel.de/archiv/1999/06/13/ak-wi-10124.html>

Die SPD behauptet: „Stoiber will weniger soziale Gerechtigkeit. Stoiber will die Steuern für die Reichen stärker senken. Unter 40 %.“

FAKT:

Auch Gerhard Schröder war für Steuersatz 40 Prozent:

„Wir werden bei der Steuerreform sowohl auf Vereinfachung wie auf soziale Gerechtigkeit setzen. Das bayerische Modell ist nicht schlecht: Eingangssteuersatz 20, Spitzenatz 40 Prozent.“ (Focus, 26. 8. 1996)

„Ich sage runter mit dem Eingangssteuersatz auf etwa 20%. Und unser Ziel sollte sein, auf 40% beim Spitzensteuersatz zu kommen.“ (FAS, 8. 12. 1996)

Schröder wäre froh, „wenn man beim Spitzensteuersatz auf 40% herunter könnte“. (WAZ, 10. 1. 1997)

„Ich sehe auch Bewegung in der Debatte um den Spitzensteuersatz. Es ist vernünftig, wenn dieser für gewerbliche Einkommen unterhalb von 40% liegt.“ (G.

Schröder in: Hannoversche Allgemeine Zeitung, 20. 3. 1997)

Die Union will alle Bürger entlasten

„CDU und CSU werden ... eine große Steuerreform auf den Weg bringen, die von den Vorgaben 'einfacher, niedriger und gerechter' geprägt ist. ... Unser Ziel ist es, dass im Ergebnis alle entlastet werden und weniger Steuern zahlen. Wir werden das Steuerrecht so vereinfachen, dass alle Bürger ihre Steuererklärung wieder selbst erstellen können. Ein einfaches Steuersystem ist grundsätzlich auch ein gerechteres Steuersystem. Wir werden die Steuerbelastung senken. Wir werden mittelfristig und schrittweise den Einkommensteuerspitzenatz auf unter 40% und den Eingangssteuersatz auf unter 15% senken. ... Alle Steuerzahlergruppen werden entlastet. Durchschnittsverdiener sollen nicht mehr in die Nähe des Höchststeuersatzes kommen. ...“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 8)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Die SPD behauptet: „Der Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer soll eingeschränkt werden.“

FAKT:

Die Union wird den Kündigungsschutz nicht antasten: Wahlrecht für ältere Arbeitnehmer

„Deshalb werden wir für ein modernes Arbeitsrecht sorgen, das zu möglichst vielen Einstellungen führen und so neue Beschäfti-

gungschancen eröffnen wird. ... Wir wollen älteren Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnen, sich bei Abschluss eines neuen Arbeitsvertrages eine Abfindung zusichern zu lassen, wenn sie für den Fall einer künftigen Kündigung auf eine Kündigungsschutzklage verzichten.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 12)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Die SPD behauptet: „Stoiber will die Zwei-Klassenmedizin statt Effizienz durch Wettbewerb. Stoiber will eine Aufteilung in Grund- und Wahlleistungen im Gesundheitswesen. ... Obendrein will Stoiber die neuen Bundesländer aus dem Solidarsystem der Bundesrepublik auskoppeln.“

FAKT:

Gesundheitssystem marode:

Rot-Grün hat die Gesundheitsreform der alten Regierung zurückgenommen und keine wirksamen Maßnahmen ergriffen, um einen Anstieg des Defizits der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Krankenkassenbeiträge zu verhindern. Die Finanzen der GKV haben sich unter der Verantwortung der Regierung Schröder von einem Polster in Höhe von 0,86 Mrd. Euro im Jahr 1997 zu einem Defizit im Jahr 2001 in Höhe von 2,8 Mrd. Euro entwickelt. Der durchschnittliche Krankenkassenbeitrag in der GKV liegt bei 14,0% (Bundesgesundheitsministerium)

► <http://www.bmgesundHEIT.de/presse/2002/2002/29.htm>

Steigende Beiträge

„Die Reformvorschläge von Frau Schmidt reichen bei weitem nicht aus, um die Struktur- und Finanzprobleme der GKV zu lösen. ... Wir [haben] im nächsten Jahr allein durch die Zusatzkosten bei den Chronikerprogrammen einen Wert [Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenkasse] von 14,3 Prozent im Schnitt.“ Norbert Klusen, Vorstandschef der Techniker Krankenkasse, Focus, 15.04.2002.

Zwei-Klassen-Medizin:

Die Bundesregierung hat in einigen Bereichen des Gesundheitswesens faktisch bereits eine Zwei-Klassen-Medizin etabliert. Dieser Auffassung ist nach einer Meinungsumfrage des Instituts Allensbach die übergroße Mehrheit der Bundesbürger: 70 Prozent sehen Deutschland auf dem Weg in eine Zwei-Klassen-Medizin. Und nach dem Eindruck von 37 Prozent der Befragten hat sich die Gesundheitsversorgung unter der Regierung Schröder verschlechtert; nur 4 Prozent sehen eine Verbesserung. (F.A.Z., 17.04.2002)

Vernichtendes Urteil der Sachverständigen:

Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates für 2001/2002 wird das Kapitel zur Gesundheitspolitik überschrieben mit: „Unbefriedigende Entwicklungen im Gesundheitswesen“. Zur Einschränkung der Krankenkassenwahlrechte der Versicherten urteilen die Wissenschaftler: „Die interventionistische Einschränkung der Rechte der Versicherten [durch Gesetze der Bundesregierung] ist das Gegenteil einer stetigen und verlässlichen Politik.“ (Gutachten des Sachverständigenrates, S. 253).

► http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/01_ii.pdf

Union will ein sicheres und bezahlbares Gesundheitssystem für alle

„Wir treten für ein freiheitliches Gesundheitssystem ein. Das heißt: menschliche Zuwendung statt Bürokratismus, freie Arztwahl statt Staatsmedizin, Therapiefreiheit statt Listenmedizin, Wettbewerb statt Einheitsversorgung. Wir treten ein für mehr Effizienz in der Krankenversicherung, um sie dauerhaft finanzierbar zu halten. ... Die Versicherten sollen künftig eine größere Wahlfreiheit über den Umfang ihres Versicherungsschutzes erhalten. Sie sollen künftig selbst entscheiden können, ob sie den bisherigen Versorgungsumfang beibehalten, zusätzliche Leistungen erhalten oder bei gleichzeitiger Beitragsermäßigung Leistungen abwählen oder einen Selbstbehalt übernehmen wollen. Nur wenn verschiedene Versorgungsangebote miteinander konkurrieren, haben die Patienten eine Auswahl und können sich für die aus ihrer Sicht beste Versorgungsform entscheiden. (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 43)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Auch Kanzleramt und Wirtschaftsminister für stärkere Eigenbeteiligung

Ein Konzept des Kanzleramtes vom Juni 2001 über Vorhaben des Bundesgesundheitsministeriums für die nächste Legislaturperiode plädiert für eine deutlich stärkere Eigenbeteiligung nach Schweizer Vorbild (Die Zeit, 05.07.2001).

Der Wirtschaftsminister hat sich im Wirt-

schaftsbericht 2001 des BMWi für einen höheren Anteil der Eigenvorsorge jedes einzelnen ausgesprochen:

„Stabile Beiträge sind nur möglich, wenn ein Teil der Vorsorge von jedem Einzelnen selbst übernommen wird. Deshalb ist der Leistungskatalog [der Krankenversicherung] ständig auf das medizinisch Notwendige zu überprüfen.“ (BMW, S. 38).

► <http://www.bmw.de/Homepage/download/wirtschaftspolitik/Wirtschaftsbericht-2001.pdf>

Union: Risikostrukturausgleich erhalten, aber gerechter machen

Der Risikostrukturausgleich muss gerechter, einfacher und transparenter ausgestaltet werden und einen fairen Wettbewerb zwischen den Kassen fördern. Bei dieser Reform wird sichergestellt, dass unterschiedliche Risiko- und Einkommensstrukturen in Deutschland nicht zu höheren Beiträgen im Osten als im Westen führen werden. Sparsames Wirtschaften der einzelnen Kassen muss sich künftig stärker lohnen als bisher. (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 43)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Die SPD behauptet: „Stoiber will Frauen am Herd sehen. Stoiber tut nichts für die Ganztagsbetreuung der Kinder.“

FAKT:

Union will bessere Unterstützung von Familien und Kindern und Wahlfreiheit statt Vorschriften

„Die Eltern sollen frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selbst erziehen und betreuen, oder ob sie dafür die Unterstützung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Anspruch nehmen. [...] CDU und CSU treten ein für ein vielfältiges, am Bedarf und am Elternwillen orientiertes Kinderbetreuungsangebot: Krippenplätze, Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten – auch in betrieblicher Trägerschaft – mit an den örtlichen Bedürfnissen orientierten Öffnungszeiten, Ganztagschulen, Schulen mit betreuendem Ganztagsangebot und Horte. Wir wollen die „verlässliche Schule“, in der alle Grundschüler mindestens halbtätig unter Aufsicht an ihrer Schule bleiben können – auch bei Unterrichtsausfall. (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 36)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/reg-programm02-06/teil03-s32-42.htm#jump10>

Die Union will schrittweise ein Familiengeld von 600/300/150 Euro:

„CDU und CSU vertreten den Standpunkt: Keine Familie soll nur deshalb, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe angewiesen sein. Familienförderung ist Zukunftsinvestition. Deshalb werden wir das System der staatlichen Familienförderung grundlegend neu gestalten: Wir wollen das bisherige Kindergeld und das bisherige Erziehungsgeld stufenweise durch ein neues „Familiengeld“ ersetzen. ... Wir werden für die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 Euro und 5.000 Euro pro Kind jährlich bereits ab 2003 sorgen.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 37)

► <http://www.cdu.de/>

regierungsprogramm/
regierungsprogramm-02-06-b.pdf

CDU-geführte Länder bei Kindergartenplätzen vorne

Bei den Kindergartenplätzen liegen in den neuen Bundesländern die CDU-regierten Länder Thüringen (151 Plätze pro 100 Kinder zwischen 3,5 und 6,5 Jahren) und Sachsen vorne (133 Plätze) (Statistisches Bundesamt).

► http://www.destatis.de/allg/d/ansp/proser32_d.htm

In den alten Bundesländern gibt es in Baden-Württemberg die meisten Kindergartenplätze (124). In Bayern gibt es eine fast 100-prozentige Versorgung (96 Plätze). Die Schlusslichter sind die SPD-geführten Bundesländer Berlin (90) Niedersachsen (89) und Schleswig-Holstein (89) (Statistisches Bundesamt).

► http://www.destatis.de/allg/d/ansp/proser32_d.htm

Auch bei den Hortplätzen liegen Hessen (42) und Bayern (29) vor NRW mit 23 Plätzen pro 1000 Kinder. (Statistisches Bundesamt).

► http://www.destatis.de/allg/d/ansp/proser32_d.htm

CDU-regierte Bundesländer auch bei Ganztagschulen vorbildlich

In Baden-Württemberg gibt es 6,8 % Ganztagschulen. Dagegen sieht es im SPD-regierten Norden düster aus: Bremen: 0,7 % Ganztagschulen, Schleswig-Holstein: 1,3% und in Schröders Niedersachsen: 3,0%. Dies zeigt: Ganztagschule war für den Ministerpräsidenten Schröder nie ein Thema (Kultusministerkonferenz)

► <http://www.kultusministerkonferenz.de/statist/ganztagschulen.htm>

Die SPD behauptet: „Die Zahl der Arbeitsplätze ist seit 1998 um 3,1 Prozent auf 38,77 Mio. gestiegen.“

FAKT:

Keine neuen Jobs

Es sind nahezu keine neuen Stellen entstanden. Im Wesentlichen resultieren die 1,1 Millionen aus der Zwangsaufnahme von 630-Mark-(325-Euro-)Jobs in die Erwerbstätigenstatistik. Die Zahl der Beschäftigten hat rein statistisch allein deswegen zugelegt, weil die früheren 630,-DM Beschäftigten nunmehr in der Statistik mitzählen und diese um 1,77 Millionen „neue“ Beschäftigte aufgebläht haben. (Auskunft des Parl. Staatssekr. Gerd Andres, S. 21f.)

► <http://dip.bundestag.de/btd/14/036/1403654.pdf>

In Wirklichkeit hat die Regierung Schröder keine zusätzliche Beschäftigung geschaffen, was an den jährlich geleisteten Arbeitsstunden abzulesen ist. „Bei der produktionswirksamen Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Deutschland kommt es nicht nur auf die Anzahl der Erwerbstätigen an, sondern auch auf die effektiv realisierte Arbeitszeit, also das gesamtwirtschaftlich geleistete Arbeitsvolumen.“ (Jahresgutachten 2001/2002 des Sachverständigenrates, Rn. 169)

► http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/01_ii.pdf

Stillstand im Jahr 2001

„In Deutschland waren im Jahre 2001 durchschnittlich 38,7 Millionen Personen erwerbstätig. Dies sind lediglich 35.000 Personen oder 0,1 v.H. mehr als im Vorjahr. Damit

hat sich der seit dem Jahre 1998 währende Beschäftigungsaufbau nicht mehr fortgesetzt, er ist im Jahresdurchschnitt nahezu zum Erliegen gekommen. Stieg die Anzahl der erwerbstätigen Personen im ersten Quartal noch um 0,6 v.H. im Vergleich zum Vorjahresquartal, kam es im zweiten Halbjahr zu einem Rückgang um 0,1 v.H.“ (Jahresgutachten 2001/2002 des Sachverständigenrates, Rn. 166).

► http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/gutacht/01_ii.pdf

Schlusslicht in Europa

Die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl bleibt in der gesamten Legislaturperiode unter dem EU-Durchschnitt. In den Jahren 2001 und 2002 hat Deutschland hier mit einem marginalen Anstieg (+0,2 %) bzw. Rückgang um 0,3 Prozent jeweils den zweitschlechtesten Wert in der EU aufzuweisen. (Frühjahrsprognose der EU-Kommission,

► http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf S. 119)

Die SPD behauptet: „Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt 2001 gegenüber 1998 um 10 Prozent auf 3.851.636 Personen gesunken.“

FAKT:

Versprochen – Gebrochen

„Wir wollen im nächsten Jahr unter die Marke von 3,5 Millionen kommen. (Gerhard Schröder Bild, 06.04.2001)“

„Wenn wir es nicht schaffen, die Arbeitslosenquote signifikant zu senken, dann ha-

ben wir es weder verdient, wiedergewählt zu werden, noch werden wir wiedergewählt.“ (Gerhard Schröder, Der Spiegel, Nr. 39/1998 v. 23.08.1998).

Mehr Arbeitslose als zum Regierungsantritt

Zum Regierungsantritt Bundeskanzler Schröders im Oktober 1998 gab es in Deutschland 3,89 Mio. Arbeitslose (Bundesanstalt für Arbeit, S. 30).

► http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200112/iiii4/multijz_heftd.pdf

Aktuell sind in Deutschland 4,024 Mio. Menschen arbeitslos, 134.000 Personen mehr (Bundesanstalt für Arbeit).

► http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200204/iiii4/multi_heftd.pdf

Verweis auf Jahresdurchschnitt 1998 irreführend

Während die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl von Januar 1998 bis zum Jahresende kontinuierlich gesunken ist (Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte der Arbeitsmarktstatistik 1999),

► <http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html>

ist sie seit Dezember 2000 von 3,783 Mio. auf 3,973 Mio. Menschen im April 2002 angestiegen. (Bundesanstalt für Arbeit, S. 4)

► http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200204/iiii4/multi_heftd.pdf

Auch bei der Entwicklung der Zahl der Erwerbstätigen gibt es eine gegenläufige Entwicklung: Während sie im Jahr 1998 um über 492.000 anstieg (Bundesanstalt für Arbeit), <http://www.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html> erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute in diesem

Jahr einen Rückgang von etwa 100.000. (Frühjahrsgutachten)

► <http://www.diw.de/programme/cgi/index.cgi?automatic=yes&c=/deutsch/publikationen/wochenberichte/jahrgang02/content.html%23WB17>

Nicht einmal demographischer Abbaueffekt tritt ein:

Der Arbeitsmarkt wird allein aus demographischen Gründen jedes Jahr um mehr als 200.000 Personen entlastet (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung,

► <http://www.iab.de/ftproot/kb0101.pdf> S. 9). Seit Regierungsantritt Gerhard Schröders im Oktober 1998 waren das über 600.000 Personen. Ohne jedes Zutun der Regierung hätte die Zahl der Arbeitslosen von 3,89 Mio. im Oktober 1998 bis Oktober 2001 auf 3,29 Mio. sinken müssen. In Wirklichkeit lag sie im Oktober 2001 bei 3,73 Mio. (Bundesanstalt für Arbeit).

► <http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/200110/iiii4/s085a.pdf>

Arbeitslosenquote erstmals seit dem zweiten Weltkrieg über EU-Durchschnitt

Die Arbeitslosenquote lag in Deutschland 2001 mit 7,9 % (Bundesanstalt für Arbeit; http://www1.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/aktuell/iiii4/eu_quoted.pdf europäisch harmonisierte Werte) erstmals seit dem zweiten Weltkrieg über dem EU-Wert (EU-Kommission, S. 125,

► http://europa.eu.int/comm/economy-finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf

Auch in den Jahren 2002 und 2003 ändert sich daran unter dieser Regierung nach

Prognose der EU-Kommission (S. 125) nichts: 2002: 8,3 % (EU: 7,8 %); 2003: 7,9 % (EU: 7,5).

► http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf

Die SPD behauptet: „Der Eingangssteuersatz bei der Einkommenssteuer ist 2002 auf 19,9 Prozent und der Spitzensteuersatz auf 48,5 Prozent gesenkt worden.“

FAKT:

Belastung mit Steuern und Sozialabgaben höher als beim Regierungswechsel:

Die Einkommensbelastungsquote (Anteil von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoeinkommen) ist von 55,1 % im Jahr 1998 über 55,4 % in 2001 auf 56,6 % in diesem Jahr angestiegen. (Karl-Bräuer-Institut, Studie von Februar 2002)

► <http://www.karl-braeuer-institut.de/download/Einkommensbelastungsquote.pdf>

„Mit 56,2 v.H. dürfte die Einkommensbelastung im Jahr 2005 lediglich um 0,8 Prozentpunkte unter dem Höchstwert von 2000 und sogar um 1,1 Prozentpunkte über dem Wert von 1998 liegen, also dem letzten Jahr vor ‘den umfassendsten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik’ (so Finanzminister Eichel).“ (Karl-Bräuer-Institut)

► <http://www.karl-braeuer-institut.de/pvkurz2.htm>

Steigende Steuer- und Abgabenlast:

Im Jahr 2002 wächst die Steuer- und Abgabenlast von Bürgern und Betrieben unter

dem Strich um ca. 14 – 15 Mrd. Euro durch die Erhöhung von Öko-, Tabak- und Versicherungssteuer, die sog. kalte Progression und die Anhebung Krankenversicherungsbeiträge (Welt am Sonntag, 06.01.2002)

► <http://www.welt.de/daten/2002/01/06/0106wi306059.htm>

Auch die Rentenversicherungsbeiträge werden in der nächsten Zeit wieder steigen – nach Prognose des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (Die Welt, 15.05.2002) im nächsten Jahr auf mindestens 19,3 Prozent.

► <http://www.welt.de/daten/2002/05/15/0515wi332043.htm>

Das sagen die Experten:

„Mit der ‘Steuerreform 2000’ hat Rot-Grün ... bereits 1999 die Weichen dafür gestellt, dass trotz mehrfacher ‘Kindergeld’-Erhöhungen Familien gegenüber Kinderlosen finanziell noch weiter in Rückstand geraten.“ (Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit, Mitteilung v. 9.7.2001).

► <http://www.heidelberger-familienbuero.de/archiv/Frauenministerin%20Bergmann%20mit%20Traumzahlen%20zur%20Familienfoerderung.htm>

„Die Kritik an dieser Steuerreform ist berechtigt. ... Die Verteilungsgerechtigkeit ist durch diese Steuerreform nicht vergrößert, sondern verringert worden.“ (Klaus Lang, Vorstandsmitglied IG-Metall, „Die Politik der Mitte“, S. 6)

► http://www.igmetall.de/themen/bundestagswahl2002/lang_spd_afa.pdf

„Die Abschreibungsmöglichkeiten auf Sachinvestitionen wurden ... verschlechtert, um die Steuerausfälle der ‘mutigen Reform’ finanzieren zu können. So entsteht kein Wachstum, so entstehen keine Ar-

beitsplätze, ...“ (Claus Noé, ehemaliger Staatssekretär der Regierung Schröder im Bundesfinanzministerium, Frankfurter Rundschau, 18.03.2002)

Das will die Union:

„CDU und CSU werden ... eine große Steuerreform auf den Weg bringen, die von den Vorgaben 'einfacher, niedriger und gerechter' geprägt ist. ... Wir werden die Steuerbelastung senken. Wir werden mittelfristig und schrittweise den Einkommensteuerspitzenatz auf unter 40% und den Eingangssteuersatz auf unter 15% senken.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 8)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Die SPD behauptet: „Die Ausgaben für Bildung und Forschung sind gegenüber 1998 um 15,5 Prozent auf 8,4 Milliarden Euro gestiegen.“

FAKT:

Versprochen – gebrochen

„Verdoppelung der Investitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft in fünf Jahren“ hatte die SPD auf einer im Wahlkampf 1998 verteilten Garantiekarte versprochen (Spiegel)

► <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,179261,00.html>

Diese Versprechen hat die Regierung Schröder bisher noch nicht einmal zu einem Fünftel eingehalten – und das trotz der Zinsersparnisse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen.

Deutschland fällt international zurück:

In punkto Innovationskraft rangiert Deutschland nach einer Übersicht der Europäischen Kommission – verglichen mit den führenden Industrienationen der Welt – weit hinter den besten und liegt nur noch unwesentlich über dem EU-Durchschnitt. (Wirtschaftswoche, 29.11.2001)

Auf 1000 Einwohner kommen in den USA (mehr als acht) und Japan (neun) zwei bis drei aktive Forscher mehr als in Deutschland (sechs). Bei den jährlichen Zuwachsraten an Forschern liegt Deutschland mit 1 % in der EU auf dem vorletzten Platz vor Italien (zum Vergleich: EU-Schnitt +2,5%, USA +6,2%, Irland + 16,5 %; Die Welt, 26.06.2001).

► <http://www.welt.de/daten/2001/06/26/0626ws263431.htm>

Die SPD behauptet: „Das Kindergeld ist gegenüber 1998 um 37 Prozent auf 150 Euro angehoben worden.“

FAKT:

Familien werden benachteiligt:

Familien verfügen im Durchschnitt nur über ein Pro-Kopf-Einkommen von 50 Prozent des Einkommens kinderloser Ehepaare.

► <http://www.heidelberger-familienbuero.de/archiv/Frauenministerin%20Bergrmann%20mit%20Traumzahlen%20zur%20Familienfoerderung.htm>

Familien werden durch die Steuerreformen bis zum Jahr 2005 trotz der Erhöhungen des Kindergeldes gegenüber kinderlosen Ehepaaren und Singles benachteiligt (ohne

Berücksichtigung der Ökosteuer, erhöhter Kindergartengebühren und anderen familienspezifischen Mehrbelastungen): Familien: pro Kopf jährlich höchstens + 1.176 DM, kinderlose Ehepaare: + 1.599 DM, Singles: + 2.386 DM.

► <http://www.heidelberger-familienbuero.de./archiv/Frauenministerin%20Bergmann%20mit%20Traumzahlen%20zur%20Familienfoerderung.htm>

Kinderreiche Familien werden zusätzlich benachteiligt, da das Kindergeld für das dritte und für weitere Kinder nicht angehoben worden ist.

Selbst Schröders Schwester klagt:

„Die Politik meines Bruders kostet mich 2400 Mark im Jahr.“ (Bundeskanzler Schröders Schwester Ilse Brücke, alleinerziehende Mutter zweiter Kinder, die vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Abschaffung des Haushaltsfreibetrages für Alleinerziehende klagt, Bild am Sonntag, 03.02.2002)

Das sagen die Experten:

„Mit der 'Steuerreform 2000' hat Rot-Grün ... bereits 1999 die Weichen dafür gestellt, dass trotz mehrfacher 'Kindergeld'-Erhöhungen Familien gegenüber Kinderlosen finanziell noch weiter in Rückstand geraten.“ (Heidelberger Büro für Familienfragen und soziale Sicherheit, Mitteilung v. 9.7.2001).

► <http://www.heidelberger-familienbuero.de./archiv/Frauenministerin%20Bergmann%20mit%20Traumzahlen%20zur%20Familienfoerderung.htm>

„Noch nie zuvor in der fast 20-jährigen Dokumentation ist die relative Einkommensposition von Familien so stark abgefal-

len wie seit 1998.“ (Sozialrichter Jürgen Borchert, Focus, 25.3.2002, S. 35)

Das hat die Union für Familien getan:

Die Union hat das Kindergeld in ihrer Regierungszeit für das erste und zweite Kind von 50 DM im Jahr 1982 schrittweise auf 220 DM im Jahr 1997 erhöht. Das Kindergeld für das dritte Kind wurde auf 300 DM angehoben und für das vierte und alle weiteren Kinder auf 350 DM. Insgesamt hat die CDU/CSU-geführte Bundesregierung die familienpolitischen Leistungen in 16 Jahren in etwa verdreifacht.

Die Union will schrittweise ein Familiengeld von 600/300/150 Euro:

„CDU und CSU vertreten den Standpunkt: Keine Familie soll nur deshalb, weil sie die Kosten für ihre Kinder nicht aufbringen kann, auf Sozialhilfe angewiesen sein. Familienförderung ist Zukunftsinvestition. Deshalb werden wir das System der staatlichen Familienförderung grundlegend neu gestalten: Wir wollen das bisherige Kindergeld und das bisherige Erziehungsgeld stufenweise durch ein neues „Familiengeld“ ersetzen. ... Wir werden für die steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zwischen 1000 Euro und 5.000 Euro pro Kind jährlich bereits ab 2003 sorgen.“ (Regierungsprogramm von CDU und CSU, S. 37)

► <http://www.cdu.de/regierungsprogramm/regierungsprogramm-02-06-b.pdf>

Die SPD behauptet: „Im Jahr 2002 hat der Bund 22,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgenommen, also 22,5 Prozent weniger als 1998.“

FAKT:

Jede Menge neuer Schulden:

Rot-Grün wird nach vier Jahren Regierungszeit Ende 2002 rund 93,86 Milliarden Euro neue Schulden gemacht haben, trotz der zwischenzeitlichen UMTS-Lizenz-Erlöse von ca. 100 Milliarden Mark (50 Mrd. Euro).

Nettokreditaufnahme in Mrd. € 1999 (26,1), 2000 (23,8), 2001 (22,86), 2002 (Soll: 21,1) (Bundesfinanzministerium, Finanzpläne des Bundes 2002-2004,

► <http://dip.bundestag.de/btd/14/040/1404001.pdf> S. 70 und 2001-2005, <http://dip.bundestag.de/btd/14/068/1406801.pdf> S. 73).

Europas Klassenletzter bei neuen Schulden:

Beim gesamtstaatlichen Defizit lag Deutschland 2001 Europäischen Union mit Abstand auf dem letzten Platz. Daran wird sich auch im laufenden Jahr nichts ändern: In Ihrem Frühjahrsgutachten (S. 123) hat die EU-Kommission ihre Prognose für das laufende Jahr noch einmal auf ein zu erwartendes Defizit von 2,8 Prozent nach unten korrigiert. Das ist – wie schon im Jahr 2001 – doppelt so viel wie für Italien prognostiziert. 1998 lag Deutschland mit einem Defizit von 2,1 % noch im Mittelfeld der EU-Staaten

► http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf

Während alle anderen EU-Länder ihre Schulden von 1998 bis 2002 abgebaut und teilweise sogar halbiert haben werden, wuchs die Gesamtverschuldung in Deutschland von 60,9 % des Bruttoinlandsproduktes auf 61,0 %. Der Wert der EU insgesamt sinkt von 69,0 auf 61,8 % (EU-Kommission,

► http://europa.eu.int/comm/economy_finance/publications/european_economy/2002/ee202en.pdf S. 124).

Das sagen die Experten

„Die Deutsche Bundesbank kritisiert die Finanzpolitik der Bundesregierung in scharfer Form. Die Lage der öffentlichen Haushalte habe sich im vergangenen Jahr 'erheblich' von den Erfordernissen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts entfernt, heißt es im Geschäftsbericht 2001 der Bundesbank. (F.A.Z., 17.04.2002)

► <http://www.bundesbank.de/de/monatsbericht/geschaeftsbericht/gb01.pdf>

„Der Mann läuft ökonomisch Amok. ... Die Finanzpolitik Hans Eichels ist an ihrer mangelhaften Konsistenz ... gescheitert. ... Ein bisschen Vordenken und ein bisschen Vorsorge, ein bisschen mehr Substanz und ein bisschen weniger Schaulaufen hätten der Regierung peinliche Diskussionen um blaue Briefe erspart. (Claus Noé, ehemaliger Staatssekretär der Regierung Schröder im Bundesfinanzministerium, Frankfurter Rundschau, 18.03.2002)